



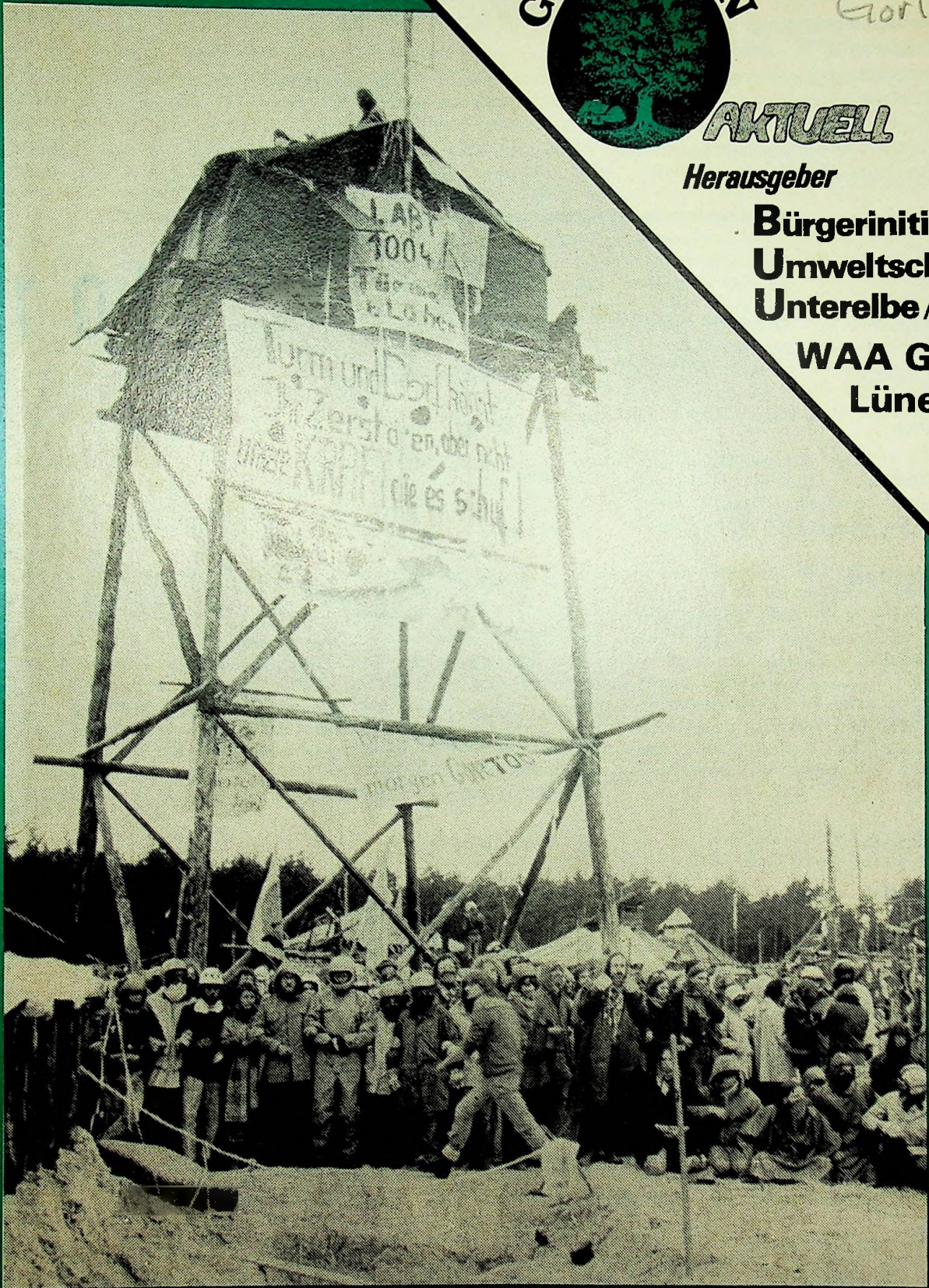
1, Atoan und
Gorleben

B

AKTUELL

Herausgeber

**Bürgerinitiative
Umweltschutz
Untere Elbe / Hamburg
WAA Gruppe
Lüneburg**



33 Tage Besetzung auf 1004

BIB 1: Bucher 1101

Inhaltsübersicht:

Bohrplatzbesetzung	S. 4
Briefwechsel BI - Baum	S. 16
Platzräumung	S. 20
Dorfpanorama	S. 24/25
Augenzeugenberichte	S. 26
Bundesweite Protestaktionen	S. 38
Diskussionsbeiträge	S. 42

03. Atom und Gorleben

1101

Impressum

Gorleben Archiv e.V.
Rosenstr. 17 · 29439 Lüchow
Telefon: 05841/9715845

Herausgeber:

WAA-Gruppe Lüneburg

BUU-Hamburg

Verantw.:

Günter Garbers, Lüneb. Str. 1 b, 2120 Lüneburg

Auflage:

10 000

Erscheinungsdatum:

13.6.1980

Bestelladresse

BUU-Hamburg
Bartelsstr. 26
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/439 86 71

Konto:

Sonderkonto G
Nr. 354 125 - 209
Postscheckamt Hamburg
Günter Garbers, 2120 Lüneburg

Einzelpreis:

3,- DM (plus Porto)

Preisstaffel:

30 bis 100 Exemplare: 2,40 pro Heft plus Porto
ab 100 Exemplare und Buchläden: 2,10 pro Heft plus Porto
weitere Nachlässe bei größeren Mengen nach Vereinbarung

Porto (Büchersendung):

1-2 Hefte	—,50 DM
3-4 Hefte	1,— DM
5-8 Hefte	1,50 DM
9-16 Hefte	2,30 DM
ab 17 Hefte	Paketgebühr

Für alle „Gorleben Aktuell“—Freunde

Kurz vor der Räumung des Dorfes 1004 hatten wir die wesentlichen Inhalte von „Gorleben Aktuell Nr. 12“ fertiggestellt. Die weitreichende Bedeutung der Platzbesetzung sowie der gigantische Polizeieinsatz, der seinesgleichen in der BRD sucht, haben uns dazu veranlaßt, über unseren normalen Rahmen hinaus, die Vorkommnisse zu dokumentieren. Hieraus ist in Zusammenarbeit mit der BUU/Hamburg diese Broschüre entstanden. Die wesentlichen Inhalte, die für „Gorleben Aktuell Nr. 12“ vorgesehen waren, wurden übernommen.

„Gorleben Aktuell“ ist eine Zeitung, die Ereignisse im Zusammenhang mit der Atomenergie im Landkreis Lüchow-Dannenberg dokumentiert. Wir sehen es als unsere Aufgabe

an, Vorkommnisse, die der Öffentlichkeit vorenthalten bleiben, zu veröffentlichen.

„Gorleben Aktuell“ erscheint ca. alle zwei Monate. Wir würden uns darüber freuen, wenn möglichst viele Gruppen zu ihrer eigenen Information und zur Öffentlichkeitsarbeit (Büchertische, Veranstaltungen) „Gorleben Aktuell“ abonnieren:

Einzelexemplar	1,— DM	
ab 10 Exemplare	0,80 DM	plus Porto

Bestelladresse: Gunter Harms
Süßenweg 57
2120 Lüneburg
Tel.: 04131/45290

Vorwort

Während wir diese Broschüre zusammenstellen, dauert die Welle der Eröffnung wendländischer Botschaften, der Kirchenbesetzungen und Demonstrationen aus Anlaß der Räumung des Besetzerdorfs 1004 im ganzen Bundesgebiet an. Die große Ausstrahlung der kleinen aber freien „Republik Wendland“ hat mehrere Gründe:

- Die Besetzer und Besucher der „Freien Republik“ konnten 33 Tage lang erleben, daß es sich in Selbstverwaltung ganz hervorragend leben, arbeiten und feiern läßt. Schon frühzeitig sah sich der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff dazu veranlaßt zu warnen, daß er „gegen eine Utopisierung des Volkes Widerstand leisten werde“ (dpa-Meldung vom 23.5.).
- Die örtlichen Widerstandgruppen ließen sich auch durch die Androhung von 50 000 Mark Geldstrafe bei Betreten der Bohrstelle nicht vom Plan der Besetzung abbringen. Auch mehrmalige Einschüchterungsversuche der Behörden während der Besetzung bewirkten nur einen weiteren Zulauf. Es hat sich erwiesen, daß angesichts des Vorgehens der Betreiber mehr und mehr AKW-Gegner persönliche Risiken in Kauf zu nehmen bereit sind. Der „bürgerliche Ungehorsam“, das bewußte und massenhafte Übertreten bestehender Ordnungsverfügungen und Gesetze ist nach wie vor im Kampf gegen die Atomenergie eine zentrale und von großen Teilen der Bevölkerung mit Wohlwollen betrachtete Widerstandsform. Lüchow-Dannenberg Kommunalpolitiker beklagten gar einen „Sog in die Ungesetzlichkeit“, der nach und nach auf das Bundesgebiet übergrieff und sogar die Jusos, Judos, die Verbände der Grünen, größere Teile der niedersächsischen Landeskirche usw. erfasst.
- Während der Besetzung entwickelte sich zwischen den unterschiedlichen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung eine enge Zusammenarbeit (Bezugsgruppensystem/Sprecherrat) – bis zum Ende der Aktion konnte ein Konsens über das Vorgehen gefunden und eingehalten werden. Dieser erfolgreiche Ausgang hat optimale Voraussetzungen für gemeinsame zukünftige Aktionen aller Strömungen der Anti-AKW-Bewegung geschaffen.

Die Besetzung verfolgte das Ziel, bundesweit darauf hinzuweisen, daß in Gorleben nach wie vor ohne Berücksichtigung irgendwelcher Sicherheitskriterien das Entsorgungskonzept der Bundesregierung durchgezogen werden soll. Daß die Bundesregierung unter allen Umständen hieran festzuhalten bereit ist, wurde erneut mit der brutalen Räumung des Besetzerdorfes bewiesen. Mit dem Faustpfand der Besetzung konnten am Verhandlungstisch nur unzureichende – das Gesamtkonzept kaum beeinträchtigende – Zugeständnisse abgerungen werden, die dennoch einen Teilerfolg darstellen (Hearing über die Bohrerergebnisse).

Mit der Zerstörung des Dorfes und der von bürgerkriegsmäßigen Aufmärschen der Atomstaatstruppe begleiteten Räumung wollen die Betreiber uns demoralisieren und von weiteren offensiven Aktionen abhalten. Mit unserer Broschüre wollen wir einen kleinen Beitrag dazu leisten, daß sich diese Hoffnung nicht erfüllt und die Räumung lediglich den Auftakt bietet für weitere gemeinsame Aktivitäten der Anti-AKW-Bewegung.

Das Dorf könnt ihr zerstören –
aber nicht die Kraft, die es schuf.

Gemeinsame Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. und der Bewohner des Dorfes 1004

Gegen alle Propaganda von Regierungsstellen und einem Teil der Presse haben die Bewohner des Dorfes 1004 und die vielen Lüchow-Dannengerger Unterstützer ihre Gemeinsamkeit bewahrt und das Konzept des passiven Widerstands durchgehalten. Vergebens hat die Polizei nach Waffen gesucht; unsere Waffen sind unsere Argumente und unsere Phantasie.

Gewalttätigkeiten gingen ausschließlich von Polizei und BGS aus. In vielen Fällen wurden wehrlos am Boden sitzende Menschen mit Knütteln geprügelt, einige wurden noch hinter den Polizeiketten ohne den Schutz der Öffentlichkeit Krankenhausreif geschlagen. Noch immer liegen zwei der Dorfbewohner mit Kopfverletzungen in der Klinik. Der gigantische Polizeieinsatz, die totale Absperrung des Landkreises und die teilweise brutalen Übergriffe seitens der Einsatzkräfte haben überdeutlich werden lassen, was wir in einem künftigen Atomstaat zu erwarten haben.

Wir betrachten die Inbesitznahme der geplanten Bohrstelle 1004 trotz der Räumung als einen vollen Erfolg. Zwar sind nicht alle unsere Forderungen erfüllt worden, aber wir haben erreicht, daß die grundlegenden Probleme der Endlagerung von radioaktivem Müll wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht worden sind. Die Taktik der Betreiber, ihr verantwortungsloses Handeln in Gorleben ohne Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung mit einem Mantel des Schwei-

gens zu umgeben, ist durchbrochen worden. Ohne gesicherte Endlagerung wird außerdem weiter Atom Müll produziert, der noch Tausende von Jahre unzählige Generationen gefährden wird. Nur unter dem starken Druck der protestierenden Bürger waren die Verantwortlichen bisher bereit, ihre Entscheidungsgrundlagen zumindest teilweise offenzulegen und zur Diskussion zu stellen. So sind auch die Veröffentlichung der Bohrerergebnisse, die Zusage des Bundesinnenministers, eine öffentliche Anhörung zu diesen Bohrerergebnissen durchzuführen und die Zulassung einer Beobachtergruppe zu der bisher nichtöffentlichen Informationssitzung des Bundestagsinnenausschusses zu den Problemen der Endlagerung nur auf Grund der Platzinbesitznahme und ihrer breiten Unterstützung im Landkreis und in der ganzen Bundesrepublik zustande gekommen. Diese Zugeständnisse reichen jedoch bei weitem nicht aus, denn es geht uns nicht nur um den Gorleber Salzstock, sondern um das Entsorgungskonzept der Bundesregierung überhaupt. Die besondere Bedeutung der Aktion sehen wir auch darin, daß wir die Voraussetzung für weiteres gemeinsames Handeln geschaffen haben. Wir werden der Atomindustrie nicht weichen, sondern unseren Widerstand gemeinsam verstärken.

Gartow, 6.6.80

gez. i.A. Wolf Römmig

Er weiß, was ihm Bürgernähe wert ist: Horst Wandhoff, Leiter des Polizeieinsatzes

Wandhoff ist Präsident des Regierungsbezirks Lüneburg/Lüchow-Dannenberg und Leiter der polizeilichen Räumung von 1004. Nach seiner Auffassung hat sich der bürgerkriegsähnliche Aufmarsch der BGS- und Polizeiverbände voll bewährt, hatten doch nach seinen Erkenntnissen „militante Gruppen den gewaltsam, straff geführten Widerstand gegen die bevorstehende Räumung“ bestens vorbereitet – deren schlimme Pläne seien jedoch „offensichtlich unter dem Eindruck so starker Polizeikräfte“ aufgegeben worden.

Doch bereits der von ihm unterzeichnete Räumungsauftrag vom 24.5. war für Lüneburger Bürger Anlaß genug, um am 27.5. mit 80 Teilnehmern, Transparenten und Gitarren das Gebäude der Bezirksregierung aufzusuchen, um den werten Herren um eine Stellungnahme zu den Forderungen der Besetzer zu bitten:

- Daß sich hierbei der „starke Mann“ erst selbst verleugnen und später per Polizeieinsatz diese Bürger aus seinem Gebäude vertreiben ließ, zeugt bereits von ausgeprägter Gesprächsfreudigkeit (vgl. taz-Artikel).
- Daß jedoch aus Anlaß dieser Aktion die Bezirksregierung zu einer mittleren Festung ausgebaut wurde, die künftig kein Bürger ohne Kontrollen betreten kann, ist geradezu ein Musterbeispiel für die so oft zitierte Bürgernähe unserer Verwaltungen.

Der uns zugespielte und im Faksimile dokumentierte Brief wurde allen Mitarbeitern der Bezirksregierung ausgehändigt.

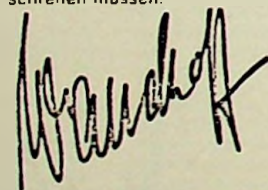
An alle Personen, EJZ, 24.5.80
die sich auf „Bohrplatz 1004“ aufhalten

Wiederum weise ich mit Nachdruck darauf hin:

Ihre Besetzung ist rechtswidrig. „Widerstand gegen Sachen“ oder gar „Widerstand gegen Personen“ bleiben eine strafbare Handlung, auch wenn Ihre anonymen Wortführer etwas anderes behaupten. Auch diese wissen nach ihren eigenen Angaben um die Rechtswidrigkeit ihres Handelns.

Lassen Sie sich nicht durch die für Plingsten vorbestellten „Sympathieerklärungen“, die Ihnen angeblich zur „moralischen Unterstützung“ dienen sollen, in Ihrem Rechtsbewußtsein beirren. In unserer freien demokratischen rechtsstaatlichen Ordnung, die das Recht des Einzelnen, seine Meinung zu äußern, garantiert, gibt es keinen „moralischen Stand-

punkt“, der Rechtsverletzungen oder gar strafbare Handlungen rechtfertigt. Außerdem versucht man, Sie mit unwahren und unbewiesenen Behauptungen zu täuschen und Ihren Blick für Gesetz und Recht zu verstellen. Erneut fordere ich Sie auf, räumen Sie den rechtswidrig besetzten Platz, ehe die Ordnungsbehörden zur Anwendung unmittelbaren Zwanges schreiten müssen.



Wandhoff
Regierungspräsident

Regierungsgebäude besetzt

Lüneburg 28.5. (taz) Als Antwort auf die mehrmaligen Räumungsdrohungen des Lüneburger Regierungspräsidenten Wandhoff besetzten am Dienstag, dem 27.5., über 80 AKW-Gegner auf Initiative der Lüneburger Grünen und der WAA-Gruppe (Zeitung „Gorleben aktuell“) das Regierungsgebäude mit dem Ziel vom Regierungspräsidenten Wandhoff eine Stellungnahme zu dem der Besetzung zugrundeliegenden Forderungen zu erhalten. „Wir wollten nicht wie gebannt auf die Räumung warten, sondern auf die Vorbereitungen dazu kurzfristig reagieren.“ Hier kurz der Ablauf der Aktion:

Nach kurzer Drängerei am Gebäude-

eingang konnten alle AKW-Gegner ins Gebäude, wo unser Gesang die Neugierde zahlreicher Verwaltungsleute erregte. Um sich der Diskussion zu entziehen, ließ Wandhoff behaupten, er sei nicht im Hause. Auch ein anderer Vertreter weigerte sich mit allen zu reden und empfing nur eine dreiköpfige Delegation. Als Wandhoff jedoch gesehen wurde, schützten die sehr fix zur Stelle erschienenen Bullen sofort sein Zimmer. Offensichtlich verunsichert befahl der Stellvertreter Wandhoffs (unter Gebrülle, es interessiere ihn überhaupt nicht, was wir wollten) die sofortige Räumung des Gebäudes durch die Bullen, was diese auch tatkräftig durchführten.

Als die Menge nach diesem Bulleneinsatz überhaupt nicht bereit war, nach Hause zu gehen, entschloß

sich Wandhoff dazu, plötzlich da zu sein und eine Dreierdelegation zu empfangen, worauf sich die AKW-Gegner unter Protest (wir wollten eine öffentliche Diskussion) dann auch einließen. Den Dreien machte er deutlich, daß er strikt an den Räumungsaufforderungen festhalte. Er sei aber nicht bereit, die Räumungsaufforderung vor der Öffentlichkeit zu wiederholen, weil die Erfahrung gezeigt hätte, daß man dort nur Buhrufe und Pfiffe erntet.

Daß über diese Aktion am nächsten Tag in der regionalen (auf Seite 1) und überregionalen Presse sowie dem NDR berichtet wurde, zeigt, daß eine solche Aktion gerade im Vorfeld der Bohrplatzräumung gut in der Öffentlichkeit auffällt. Also: Nachahmung empfohlen! TAZ, 29.5.80



Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter

im Hause

Mitarbeiter
101

15-3 16 29.05.1980

Aus gegebenem Anlaß habe ich ab sofort bis auf weiteres folgende Regelungen getroffen bzw. bitte ich Sie, wie folgt zu verfahren:

1. Bei unbekannten Besuchern wird der Pförtner des Hauptgebäudes den gewünschten Mitarbeiter im Hauptgebäude zuweisen. Dieser wird gebeten, den Besucher an der Pförtnerloge zu melden und nach Beendigung des Besuchs wieder dorthin zu bringen.

2. Die Windfangtür beim Haupteingang des Hauptgebäudes wird auch von innen nur durch den Pförtner zu öffnen.

3. Der Pförtner wird bei nicht durchschaubaren Personen die Windfangtür des Hauptgebäudes bis zur Klärung der Angelegenheit nicht mehr öffnen.

Mitarbeiter können während dieser Zeit das Haus nicht verlassen.

4. In Fällen einer besonderen Lage und täglich nach 18.00 Uhr bleiben die beiden Pendeltüren rechts und links des Eingangs- halle im Hauptgebäude geschlossen.

5. Besitzer von Schlüsseln für die Türen des Hauptgebäudes zum Hof haben nach Benutzen dieser Ausgänge mit besonderer Sorgfalt darauf zu achten, daß die Türen wieder verschlossen werden.

Das gleiche gilt entsprechend für das Schiebetor an der Hof- einfahrt.

6. Beim Verlassen der Dienstzimmer im Erdgeschoß und im 1. Obergeschoß sind die Fenster – insbesondere zur Straße Am Ochsenmarkt – zu schließen. Besonders achtungsvoll bitte ich dabei bei den Sitzungsräumen zu sein.

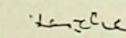
7. Das Schiebetor an der Hofeinfahrt wird um 16.00 Uhr geschlossen. Wagenbesitzer, die danach den Hof verlassen wollen, bitte ich, sich beim Pförtner zu melden.

Ich bitte Sie um Verständnis für diese Sicherungsmaßnahmen.

In Vertretung des Regierungspräsidenten
Dr. Stier



Beglaubigt


Angestellte



Diplomatische Aktivitäten führten zu einem Teilerfolg

Nach Absprache mit dem niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff (CDU) und dem Bundesforschungsminister Hauff (SPD) weigerte sich Innenminister Baum, eine Delegation der Platzbesetzer, der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ und der BI Lüchow-Dannenberg zu empfangen. Diese reisten am 21.5. nach Hannover, um eine gemeinsame Erklärung zu übergeben.

In der ebenfalls vom BBU und später auch von zahlreichen demokratischen Persönlichkeiten unterzeichneten Stellungnahme wird als Voraussetzung für eine freiwillige Räumung des Besetzerdorfes gefordert, daß sämtliche, das Entsorgungskonzept der Bundesregierung betreffende Maßnahmen gestoppt, die Protokolle der bisher erfolgten Bohrungen veröffentlicht und der „Eintritt in eine breite öffentliche Diskussion über das gesamte Entsorgungskonzept der Bundesregierung u.a. durch ein großes Hearing über die Probleme der Zwischen- und Endlagerung“ vollzogen wird. Erst am 30.5. ließen sich Baum und Möcklinghoff auf ein gemeinsames Ge-

spräch in Hannover ein – allerdings nur hinter verschlossenen Türen (Tonbänder waren ebenfalls verboten) – mit Vertretern des BBU, der BI Lüchow-Dannenberg und der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ – die ebenfalls anwesenden Vertreter der Platzbesetzer wurden ausgeschlossen.

Die Minister schlugen vor, den Platz freiwillig zu räumen und weitere Bohrungen zu akzeptieren – als Gegenleistung sollten die Ergebnisse der Bohrungen veröffentlicht und in einer öffentlichen Anhörung ausgewertet werden. Doch damit konnten die Minister nicht landen – die Verhandlungsdelegation machte deutlich, daß unter diesen Umständen die Besetzung fortgesetzt wird. Um den erzielten Teilerfolg (Veröffentlichung der Bohrungen, Hearing) zu sichern, forderte sie Baum zur schriftlichen Fixierung und Konkretisierung seiner Versprechen auf. Im folgenden die Telex-Antwort des Innenministers und die Antwort der Platzbesetzer hierauf.

Der Bundesminister des Innern

5300 Bonn, den 1. Juni 1980

Frau Fritzen
Herrn Lambke
Herrn Janning
über
Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz e.V.
Lüchow

Sehr geehrte Frau Fritzen,
sehr geehrter Herr Lambke,
sehr geehrter Herr Janning,

für Ihr Schreiben vom 1. Juni des Jahres danke ich Ihnen. Auch ich begrüße, gleichermaßen wie mein Kollege Dr. Möcklinghoff, daß der durch die Platzbesetzung der Bohrstelle 1004 bei Gorleben außerordentlich erschwerte Dialog durch Bemühungen auch Ihrerseits um eine friedliche Beilegung des Konfliktes wieder in Gang kommen konnte.

Ich möchte folgendes feststellen:

1. Ich bestätige auch im Namen des Bundesministers für Forschung und Technologie meine Bereitschaft zur Durchführung einer öffentlichen Anhörung über die Ergebnisse der Bohrungen vor einer Entscheidung über einen eventuellen Schachtanlagenbau. Unter diesen Umständen halte ich es – von allen anderen Abwägungen abgesehen – schon für ein unausweichliches Gebot der Logik, das Bohrprogramm fortzuführen, bis seine Ergebnisse ausreichen, um in einer Anhörung das Für und Wider bzw. die Vertretbarkeit der Inangriffnahme einer Schachtabteufung wissenschaftlich fundiert diskutieren zu können. Unberührt hiervon bleibt die Durchführung der förmlichen Verwaltungsverfahren und die dort vorgesehene Beteiligung.

2. Ich bin bereit, dafür Sorge zu tragen, daß das Ergebnis der hydrogeologischen Bohrungen in die oben angebotene Anhörung einbezogen wird. Ihre negative Beurteilung der bisherigen Bohrergebnisse in bezug auf die Eignung des Salzstockes als Endlager halte ich nicht für begründet.

Die Untersuchungsprogramme müssen so durchgeführt werden, daß die Präsentation und Diskussion der Ergebnisse einschließlich ihrer Auswertung im Hinblick auf die eventuelle Schachtabteufung durch möglichst wenig spekulative Momente bestimmt ist. Bei zügiger und ungestörter Fortsetzung des Bohrprogramms könnte nach meiner Schätzung eine Anhörung über Zwischenergebnisse evtl. bereits gegen Ende dieses Jahres ins Auge gefaßt werden.

3. Wegen der Öffnung der „nichtöffentlichen Informationssitzung über die Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle“ habe ich mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses des deutschen Bundestages Dr. Wernitz gesprochen. Dr. Wernitz hat sich grundsätzlich bereiterklärt, sich im Innenausschuß dafür zu verwenden, daß bei dieser an sich nicht-öffentlichen parlamentarischen Anhörung eine kleine Gruppe von Vertretern der von dem Projekt bei Gorleben betroffenen Bürger als Beobachter zugelassen wird.

Zum DWK-Antrag auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage bei Gorleben verweise ich auf die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung vom 16. Mai 1979 sowie den Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. September 1979 – unter dem Einflusse der Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung – das Projekt eines integrierten Entsorgungszentrums bei Gorleben unter den gegebenen Umständen nicht weiter zu verfolgen. Abschließend möchte ich auch im Namen meines Kollegen Dr. Möcklinghoff der dringenden Hoffnung Ausdruck verleihen, daß meine Ausführungen zu einer friedlichen Konfliktlösung beitragen und sie in die Lage versetzen, auf alle Beteiligten dahingehend einzuwirken, die Bohrstelle unverzüglich zu verlassen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Baum
Bundesminister des Innern

Nachrichtlich:
Herrn Kuhlke
Informationsstelle des Bundes
Lüchow

Bundesminister des Innern

Sehr geehrter Herr Baum!

Unsere Antwort auf das Angebot des Bundesinnenministers Baum, nach Abschluß der gesamten vorgesehenen Tiefbohrungen ein öffentliches Hearing über die Ergebnisse dieser Bohrungen zu veranstalten.

Wir begrüßen es, daß Sie die uns gegebene Zusage bezüglich eines Hearings über die Ergebnisse der Tief- und hydrogeologischen Bohrungen in Gorleben vor der Inangriffnahme einer Schachtabteufung, die Sie in unserem Gespräch vom 30. 5. in Hannover machten, noch einmal schriftlich bestätigt haben. Darüber hinaus hoffen wir, von Ihnen in Kürze positiven Bescheid über die Zulassung von Beobachtern zur bislang „nichtöffentlichen“ Informations-sitzung über die Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle“ des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zu erhalten. Wir möchten Sie jedoch jetzt schon darauf hinweisen, daß wir uns die personelle Benennung der Beobachter vorbehalten werden.

Betreffs Ihrer Aussagen zum Antrag der DWK auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben müssen wir jedoch leider feststellen, daß Sie die logische Konsequenz aus der politischen Ablehnung selbiger Anlage nicht zu ziehen bereit sind. Diese Konsequenz kann nur Ablehnung des DWK-Antrags durch die niedersächsische Landesregierung bedeuten.

Auch die von Ihnen angebotene öffentliche Anhörung über die Ergebnisse der bisherigen Bohrungen am Gorlebener Salzstock halten wir für unzureichend. Unsere schon in BBU gemeinsam mit dem BBU vorgetragene Forderung nach einem großen Hearing bezieht sich nicht nur auf die spezielle Eignung des Gorlebener Salzstocks, sondern in erster Linie auf das gesamte Entsorgungskonzept der Bundesregierung. Gegen die jetzt als Übergangslösung geplanten Trocken- und Kompaktlager sowie gegen das Konzept der Endlagerung in Steinsalz werden von unabhängigen Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland schwerwiegende Bedenken geäußert. Bevor diese nicht vor einer breiten Öffentlichkeit diskutiert und widerlegt worden sind, dürfen keine Zwischenlager genehmigt oder einzelne Salzstöcke unter größtem finanziellem Aufwand untersucht werden.

Soll dieses Hearing wirklich Grundlage der Entscheidung über die zukünftige Entsorgungsstrategie sein, sind folgenden Bedingungen unverzichtbar:

1. Einfrierung aller Genehmigungsverfahren und Ausbaubestrebungen für Zwischenlager, d. h. Trocken- und Kompaktlager.
2. Stopp sämtlicher Bohrungen am Gorlebener Salzstock,

d. h. auch keine Tiefbohrung mehr auf 1004.

Diese zweite Forderung wird — abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken gegen die Eignung von Salzstöcken als Endlagerstätten überhaupt — noch zusätzlich untermauert durch die Ergebnisse der bisherigen Bohrungen in Gorleben. Diese lassen schon jetzt erkennen, daß der Salzstock in Gorleben nicht einmal den unabdingbar notwendigen Sicherheitsanforderungen für Atommüllendlager genügt.

An der Vorbereitung und Durchführung eines solchen Hearings müssen Kritiker und Befürworter der Atomtechnologie gleichermaßen beteiligt sein. Nur eine gemeinsame Auswertung dieses Hearings kann Grundlage weiterer Entscheidungen sein.

Die Ernsthaftigkeit dieser unserer Forderungen gegen die verantwortungslose Weiterproduktion von Atommüll und den riskanten und wissenschaftlich nicht abgesicherten Umgang mit schon angefallenem radioaktivem Abfall werden wir von daher auch weiterhin durch unsere friedliche Platzbesetzung unterstreichen.

Sollten Sie auf die von Ihnen bislang ausgeklammerten und hier wiederum dargestellten strittigen Sachfragen noch einmal in einen Dialog treten wollen, sind wir nach wie vor gesprächsbereit. Die Zusage der Bewohner des Dorfes 1004, bei Erfüllung unserer gemeinsamen Forderungen den Platz freiwillig zu verlassen, bleibt ebenfalls bestehen. Wir weisen Sie jedoch noch einmal darauf hin, daß unsere sachlichen Argumente weder durch Polizeieinsätze noch durch eine Verurteilung einzelner oder eine Kriminalisierung der Bohrplatzbesetzer insgesamt aus dem Weg geräumt werden können.

Gez.: für die Bewohner des Dorfes 1004: Gabriele Jaeger, Detlev Goedeke

Jörg Janning, Mitglied des Vorstandes des BBU

Marianne Fritzen, Mitglied des Vorstandes der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Adolf Lambke, Mitglied des Vorstandes der Bäuerlichen Notgemeinschaft

Vermutlich ist die Räumung des Platzes gerade im Gange.

Aus Springers Vorgarten

Vielleicht werden schon heute Knüppel und Tränengas die Bohrstelle Gorleben in ein blutiges Schlachtfeld verwandeln: Wenn nämlich die Polizei die "Freie Republik Wendland" räumt, in der Umweltschützer, durchsetzt mit militanten Berufs-Chaoten, gegen Atomkraft demonstrieren. Ein Wort vorweg, ehe wieder Steine fliegen: Die Bohrplatz-Besetzer haben natürlich das Recht, gegen Atomenergie zu demonstrieren. Sie haben es 24 Tage getan, reicht's jetzt nicht? Oder was würden sie sagen, wenn in Ihrem Vorgarten 20 Leute eine Republik ausrufen, um gegen knappe Bauland zu protestieren? Nur mal als Beispiel...

BILD-Kommentar vom 27.5.80



foto: ap



3,-